

## ***Flüchtlinge brauchen mehr Respekt***

Diskussion über neue Wege zur Verbesserung der Situation von Asylwerbern und Flüchtlingen in Österreich anlässlich des Internationalen Tages für die Beseitigung der Rassendiskriminierung

am Podium:

Karola Paul, Leiterin des UN-Flüchtlingshochkommissariats für Österreich,  
Fabian Mmagu, Pfarrer in Großpetersdorf,  
Ishraga Hamid, Soziologin mit Forschungsschwerpunkt Migrantinnen in Wien,  
Michael Bubik, Leiter des Evangelischen Flüchtlingsdienstes Österreich,  
Stefan Stortecky, Leiter der Fremdenpolizei, Wien,  
Di-Tutu Bokasa, Politologe,  
Gabriele Philipp, Presseprecherin des Wiener Integrationsfonds.

(gemeinsame Veranstaltung mit dem UN-Flüchtlingshochkommissariats für Österreich)

21. März 2001

Die Diskussion fand aus Anlass des „Welttages gegen Rassismus“ statt. Das Thema der Veranstaltung „Flüchtlinge brauchen Respekt“ war zugleich auch ein Generalthema, das anlässlich des 50jährigen Bestehens des UNHCR formuliert wurde. In ihrer Einleitung zitierte Gabriele Philipp aus einer Presseaussendung der EU-Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, in der die Einstellung der Österreicher und Österreicherinnen gegenüber Flüchtlingen untersucht worden war. Laut dieser Untersuchung liege die Akzeptanz von Menschen aus Osteuropa, die in der EU arbeiten wollten, österreichweit bei nur 12 Prozent. Bei der Einstellung gegenüber Flüchtlingen, die wegen interner Konflikte oder Menschenrechtsverletzungen ihr Land verlassen mussten, liege die österreichische Akzeptanz im EU-Durchschnitt und damit deutlich höher als es der Ruf Österreichs als wenig flüchtlingsfreundliches Land suggerieren würde. Philipp warf die Frage auf, was vor diesem Hintergrund von der derzeitigen Bundesregierung zu erwarten sei und erwähnte, dass die Vorbereitungen der EU für eine Vereinheitlichung der Regelungen zur Flüchtlingspolitik für Österreich in vielen Bereichen eine Verbesserung der derzeit rigorosen Asylpolitik bedeuten könnten. Flüchtlingsorganisationen, so Philipp, kritisierten die Betreuung von Flüchtlingen in Österreich als völlig unzureichend.

Karola Paul, Leiterin des UN-Flüchtlingshochkommissariats für Österreich, verwies darauf, dass Flüchtlinge und Asylwerber weltweit unter der Demütigung rassistischer Diskriminierung

zu leiden hätten. In Europa würden sie, so Paul, vielerorts Opfer ausländerfeindlicher Übergriffe. Sie verwies auf das von der EU 2000 beschlossene Aktionsprogramm gegen Rassismus und Diskriminierung, das von 2001 bis 2006 laufen werde. Wollte man mit diesem Programm allerdings tatsächlich erfolgreich sein, so Paul, brauche man in erster Linie eine „Abrüstung der Sprache“. Politiker und Medien müssten aufhören, Ausländer und Asylwerber als Plünderer des Sozialsystems darzustellen und sich ihrer hohen Verantwortung bewusst werden. Sie forderte, dass die Angst und Unsicherheit, die Fremdenfeindlichkeit, Hass und Gewalt erzeugten, ebenso überwunden werden müssten wie jene falsch verstandene Ausländerfreundlichkeit, die so tue, als ob es keine Probleme und Konflikte gäbe, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenleben.

Michael Bubik, Leiter des Evangelischen Flüchtlingsdienstes Österreich, plädierte für eine gewissenhaftere Schulung jener Leute, die unmittelbar mit Flüchtlingen und Asylwerbern zu tun haben: seien es nun Polizei, Bundesheer oder andere Organisationen oder Institutionen. Er verwies auf das Problem, dass durchaus nicht jedem Flüchtling in Österreich ein Dach über dem Kopf zustünde und erwähnte, dass Menschen, die aus Europarats-Mitgliedsländern kommen, in Österreich grundsätzlich nicht beherbergt würden. In vielen dieser Fälle würde die zuständigen Behörden die Menschen einfach an christliche Hilfsstellen verweisen. Deren Mitarbeiter, so Bubik, hätten allerdings Probleme, all die an sie Verwiesenen unterzubringen. Ihn betrübe, so Bubik weiter, dass es in Österreich für hoch qualifizierte Flüchtlinge und Asylanten praktisch keine Möglichkeit gäbe, ihrer Ausbildung gemäß zu arbeiten.

Stefan Stortecky, Leiter der Fremdenpolizei Wien, berichtete von den Anstrengungen seiner Behörden, dem Problem des Rassismus entgegenzuwirken. Durch gemeinsam mit NGOs durchgeführte Informationsveranstaltungen leiste man, Aufklärungsarbeit. Auf eine Publikumsfrage hin erläuterte Stortecky, dass diese Aufklärungsarbeit durchaus nicht nur von Österreichern, sondern auch von Menschen aus den Herkunftsländern der Asylwerber – z.B. von einem Nigerianer – geleistet würde.

Fabian Mmagu, aus Nigeria stammender Pfarrer in Großpetersdorf, und Ishraga Hamid, Soziologin mit Forschungsschwerpunkt schwarze Migrantinnen in Österreich, berichteten von ihren – auch persönlichen – Erfahrungen mit Rassismus. Wie Stortecky nannten sie Unwissenheit als eine der Hauptursachen für Rassismus und plädierten für Toleranz, Aufklärung und wechselseitiges Interesse. Hamid berichtete von der Situation afrikanischer Flüchtlingsfrauen in Wien. Sie sei von der allgemeinen Situation in österreichischen Flüchtlingslagern mehrfach schockiert gewesen. Dort würden vor allem die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe der Flüchtlinge nicht berücksichtigt. Viele der Frauen, mit denen sie zu tun habe, so Hamid, seien täglich mit Rassismus konfrontiert, ihre gesundheitliche Situation besorgniserregend. Sie kritisierte, dass Vergewaltigung nicht als Grund für

Asylgewährung anerkannt werde und forderte, dass Asylwerber in der Zeit der Bearbeitung ihres Asylantrags die Möglichkeit bekommen sollten, sich weiterzubilden und die Sprache zu lernen.

In der Diskussion nahm die Frage minderjähriger Flüchtlinge einen besonderen Stellenwert ein. Einig war man sich darüber, dass es sich dabei um eine besonders schützenswerte Gruppe handelt, die Anspruch auf eine ihrem Alter gerechte Unterbringung und Versorgung haben sollte. Auch für diese Gruppe sei ein Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramm für die Dauer der Asylantragswartezeit erforderlich und wünschenswert.

Ebenfalls diskutiert wurden die Themen Bewusstseinsbildung und Gründe für Rassismus. Zwar sei Unwissenheit einer der Hauptgründe, allerdings, so wurde kritisiert, sei es in den letzten Jahren in Österreich gesellschaftsfähiger geworden, sich rassistisch zu äußern. Dem müsse gegengesteuert werden. Man müsse auch dafür sorgen, dass Flüchtlingen und Asylwerbern der Aufenthalt in Österreich nicht so unangenehm wie möglich gemacht würde. Mehrfach wurde die Forderung nach mehr Dolmetschern gestellt. Der Staat, so eine weitere Forderung, solle mit gutem Beispiel vorangehen und gerade Menschen mit dunklerer Hautfarbe in bessere Positionen bringen. Das Schlepperwesen wurde massiv kritisiert. Ein Vertreter des Bundesministeriums für Inneres stellte die Situation aus Sicht seiner Behörde dar und erwähnte, dass die Mehrheit der Betreuungsstellen in der letzten Zeit saniert und besser ausgestattet worden sei..

Zum Abschluss der Diskussion empfahl Gabriele Philipp das Buch „Flucht nach Österreich. Die Zweite Republik in Flüchtlingsporträts“ von Robert Schlesinger und Melita Sunjić.